



einblick



Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag



Harald Leibrecht (49)
Geschäftsführer

Landesgruppenvorsitzender
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Fon: +49 (0) 30 22 77 51 33
Fax: +49 (0) 30 22 77 63 82
harald.leibrecht@bundestag.de

Das neue Jahr beginnt vielversprechend und steht im Zeichen einer **effektiveren, reaktions-schnelleren und einheitlicheren deutschen Entwicklungszusammenarbeit**. Ab dem 01.01.2011 greift endlich die unter Federführung von Dirk Niebel vorbereitete Reform der Durchführungsorganisationen, über die ich schon in den letzten EinBlick-Ausgaben berichtet habe. Zum Jahreswechsel möchte ich jedoch den Blick nicht nur in die Zukunft, sondern auch noch einmal auf das vergangene Jahr richten und **Bilanz ziehen**. In ihrem ersten Jahr hat die **christlich-liberale Regierung** viele wichtige Reformen angepackt, die gewährleisten, dass Deutschland auch weiterhin Garant für Wachstum und Wohlstand in Europa ist. Besonders erfreulich ist für mich, dass unsere Landesgruppe hieran maßgeblichen Anteil hat: mit 15 liberalen Abgeordneten sind wir bei einer Vielzahl von Themen – von der internationalen Entwicklungszusammenarbeit über Europa- bis zur Finanzpolitik – gut aufgestellt. Für Baden-Württemberg ist es jetzt besonders wichtig, dass wir die **Kandidaten aktiv bei der Landtagswahl unterstützen**. Gerade im Hinblick auf Stuttgart 21 müssen wir dafür kämpfen, dass unser Bundesland die Chance auf ein international wichtiges und geachtetes Infrastrukturprojekt nicht verspielt. Heiner Geißlers Schlichterspruch „**Stuttgart 21 PLUS**“ war ein wichtiger Schritt zur Weiterentwicklung des Südwestens. Während in Stuttgart die Weichen also in die richtige Richtung gestellt sind, liegen bei einem anderen Thema, das mir am Herzen liegt, die Erwartungen im Vorfeld niedrig. Gemeint ist die **UN-Klimakonferenz in Cancún**. Deutschland hat die Dringlichkeit im Kampf gegen den Klimawandel schon lange erkannt. Jetzt kommt es darauf an, gerade die Schwellenländer von der Bedeutung eines **rechtsverbindlichen internationalen Klimaschutzabkommens für die Zeit nach Ablauf des Kyoto-Protokolls 2012** zu überzeugen.

www.harald-leibrecht.de



Florian Toncar (31)
Rechtsanwalt

Stv. Landesgruppenvorsitzender
Haushaltsausschuss
Vorsitzender des Finanzmarktgremiums

Fon: +49 (0) 30 22 77 42 26
Fax: +49 (0) 30 22 77 62 26
florian.toncar@bundestag.de

Der christlich-liberalen Koalition ist es gelungen, 2010 und 2011 die Neuverschuldung des Bundes massiv zu senken.

Im Haushaltsausschuss bin ich als Berichterstatter für das Bundesjustiz-,innen und –familienministerium verantwortlich.

Im Bereich der Innenpolitik war es angesichts der Anschlagversuche durch Sprengstoffpakete mittels Luftfracht geboten, die Luftfrachtkontrollen zu verbessern. Trotz der ambitionierten Einsparungen haben wir dafür bis zu 450 neue Stellen vorgesehen.

Außerdem ist es gelungen, mit der Stiftung Datenschutz ein wichtiges Anliegen der FDP auf den Weg zu bringen. Sie soll am Markt befindliche Produkte und Dienstleistungen in vergleichenden Tests unter Datenschutzaspekten prüfen und Gütesiegel mit bundesweiter Geltung vergeben können. Zudem soll sie durch gezielte Aufklärung den Selbstschutz der Bürgerinnen und Bürger verbessern.

Im Haushalt des Bundesfamilienministeriums sind erhebliche Einsparungen beim Elterngeld vorgenommen worden. Allerdings konnten wir auch 80 Mio. € für die Verbesserung der Sprachförderung von Kleinkindern bereitstellen. Trotz einer umfassenden Haushaltssanierung investiert die Koalition bis 2013 insgesamt 12 Mrd. € zusätzlich in Bildung und Forschung und damit in die Zukunft.

www.toncar.de



Heinz Golombeck (61)
Technischer Angestellter

Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Fon: +49 (0) 30 22 77 18 31
Fax: +49 (0) 30 22 77 68 32
heinz.golombeck@bundestag.de

Am 10. November hat Kommissar Oettinger die neue Energiestrategie der EU-Kommission vorgestellt. Die von der Kommission vorgeschlagenen fünf Prioritäten der Energiestrategie sind grundsätzlich positiv zu bewerten. Ich warne allerdings vor einer Überreglementierung von Seiten der EU. Die Ökodesign-Richtlinie, die uns bereits das Glühbirnen-Verbot beschert hat, sollte nicht auch noch auf energieverbrauchsrelevante Produkte (d.h. auf Produkte, die im weiteren Sinne mit Energie zu tun haben) ausgedehnt werden. Die Freiheit und Entscheidungsautonomie der Verbraucher darf nicht unverhältnismäßig eingeschränkt werden. Im Bereich der Infrastruktur unterstütze ich die Pläne der Kommission für EU-weite integrierte Netze. Allerdings darf dies nicht zu einer weiteren finanziellen Belastung der Mitgliedstaaten führen. Der Netzausbau sollte primär über den Markt finanziert werden.

Trotz der Anstrengungen für geringere Staatsausgaben ist es uns außerdem gelungen, mit dem Bundeshaushalt 2011 den Weg frei zu machen für mehr bürgerschaftliches Engagement. Mit der Nationalen Engagementstrategie haben wir einen weiteren Teil des Koalitionsvertrages umgesetzt. Hier setzt die christlich-liberale Koalition ein besonderes Augenmerk auf die demographische Entwicklung und gesellschaftliche Integration in unserem Land. Migrantinnen und Migranten, wie auch ältere Menschen, werden in Zukunft eine Vielfalt von Möglichkeiten haben, sich freiwillig zu engagieren.

www.heinz-golombeck.eu



Pascal Kober (39)
Pfarrer

Ausschuss für Arbeit und Soziales
Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Fon: +49 (0) 30 22 77 27 64
Fax: +49 (0) 30 22 77 67 24
pascal.kober@bundestag.de

Der Fachkräftemangel in Deutschland greift immer weiter um sich. Unsere Wirtschaft kann bereits heute vielen Aufträgen nicht nachkommen, weil qualifizierte Mitarbeiter fehlen. Der dadurch verursachte Wertschöpfungsverlust unserer Volkswirtschaft betrug 2009 rund 15 Milliarden Euro. Angesichts des demografischen Wandels wird sich diese Situation zukünftig noch verschärfen.

Momentan gehört Deutschland zu den Verlierern, wenn es darum geht, im internationalen Wettbewerb die klügsten Köpfe zu gewinnen. Klassische Einwanderungsländer wie Kanada mit seiner vorbildlichen Zuwanderungssteuerung laufen uns den Rang ab. Das müssen wir ändern. Wer in dieser Situation Ängste vor Zuwanderern schürt, schadet damit den Unternehmen hierzulande. Höchste Zeit also, alte Abschottungsreflexe zu überwinden.

Unter Leitung des Integrationsexperten Hartfrid Wolff hat die FDP daher bereits vor zwei Jahren hierzu ein Konzept entwickelt. Demnach könnte ein Punktesystem die Zuwanderung auch nach Deutschland entsprechend den Bedürfnissen der hiesigen Wirtschaft steuern. Ein erster Schritt hin zu vereinfachten Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen für Hochqualifizierte wäre es nun, die Mindesteinkommensgrenze von derzeit 66.000 Euro deutlich zu senken. Für Zuwanderer mit einem geringeren Einkommen bliebe die Vorrangprüfung weiter bestehen. Nicht umsonst haben wir im Koalitionsvertrag eine vereinfachte Zuwanderungssteuerung vereinbart. Wir erwarten nun von der Union, dass sie ihren Verpflichtungen nachkommt.

www.pascal-kober.de



Michael Link (47)
Wissenschaftlicher Mitarbeiter,
Übersetzer

Auswärtiger Ausschuss, Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union, Gemeinsamer Ausschuss, Vorsitzender AK I Internationale Politik

Fon: +49 (0) 30 22 77 39 63
Fax: +49 (0) 30 22 77 61 27
michael.link@bundestag.de

Die FDP unterstützt im Grundsatz das Unterstützungspaket der EU und des IWF für Irland. Allerdings hat Dublin nun Hausaufgaben: Irland muss seinen **Bankensektor und seinen Haushalt reformieren** sowie **wachstumsorientierte Strukturreformen** auf den Weg bringen. Dies sind notwendige Bedingungen für eine dauerhafte Gesundheit – nicht nur für Irland!

Nun muss dringend für etwaige künftige Krisen vorgesorgt werden. Hier muss folgende Regel gelten: Weitestmöglich **automatische Sanktionen** und die **Einbeziehung der Gläubiger** sind unerlässliche Bedingungen, um künftiger Krisen Herr zu werden. Insbesondere darf über den Euro nicht vorwiegend politisch entschieden werden, sonst droht ein Krisenmechanismus, der politischer Opportunität gehorcht, nicht aber ökonomischer Vernunft. Nur solch eine Regelung würde disziplinierend wirken und neuen Krisen vorbeugen. Die Fehler der Vergangenheit lassen grüßen: Das Aufweichen der Kriterien des Euro-Stabilitätspaktes durch **SPD und Grüne** hat sich als **verantwortungsloses Agieren** mit teuren Spätfolgen erwiesen.

Jetzt müssen wir daran arbeiten, ab 2013 bei möglichen Krisen **folgende Reihenfolge** einzuhalten: Zunächst müssen die **betroffenen Staaten selbst** alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, anschließend müssen die **Gläubiger beteiligt** werden. **Erst im dritten Schritt** darf die Staatengemeinschaft Unterstützung leisten. Erfolgt der dritte Schritt ohne den zweiten, droht der Eintritt in eine Haftungsunion in der Eurozone. Aus liberaler Sicht wäre das politischer Sprengstoff für die europäische Einigung.

www.liberalerlink.de



Patrick Meinhardt (44)
Geschäftsführer

Ausschuss für Bildung, Forschung
und Technikfolgenabschätzung
Vorsitzender AK VI Innovation, Ge-
sellschaftspolitik und Kultur

Fon: +49 (0) 30 22 77 42 87
Fax: +49 (0) 30 22 77 62 87
patrick.meinhardt@bundestag.de



Dr. Birgit Reinemund (50)
Geschäftsführerin

Finanzausschuss

Fon: +49 (0) 30 22 77 36 51
Fax: +49 (0) 30 22 77 66 52
birgit.reinemund@bundestag.de



Prof. Dr. Erik Schweickert (38)
Professor für internationale Wein-
wirtschaft

Ausschuss für Ernährung, Landwirt-
schaft und Verbraucherschutz

Fon: +49 (0) 30 22 77 19 44
Fax: +49 (0) 30 22 77 69 44
erik.schweickert@bundestag.de

Die BAföG-Novelle greift gegen den rot-grünen Widerstand doch rückwirkend zum 1. Oktober. Nachdem der Bundestag bereits im Sommer die **BAföG-Modernisierung** mit Anhebung der Bedarfssätze um 2 Prozent und der Freibeträge um 3 Prozent **beschlossen** hatte, stimmte im Oktober auch der Bundesrat der notwendigen Modernisierung zu. Zum Sommersemester 2011 werden wir eine **Trendwende bei der Begabungsförderung** einläuten: Das neue **Nationale Stipendienprogramm** und die **Erhöhung des Büchergeldes** für die Begabtenförderungs-
werke sind die richtigen bildungspolitischen Zeichen. Wir werden die 20 000 Stipendiaten um 50 Prozent auf 30 000 erhöhen!

Im Forschungsbereich legt die Koalition ein **neues Rahmenprogramm für Gesundheitsforschung** vor. Ziel ist es, der steigenden Anzahl von Menschen zu begegnen, die an **Volkskrankheiten** wie Krebs, Herz-Kreislauf-, Stoffwechsel-, Infektions-, Lungen- oder neurodegenerativen Erkrankungen sowie an psychischen, muskuloskelettalen oder allergischen Erkrankungen leiden. Daher gründet die Bundesregierung vier weitere **Deutsche Zentren der Gesundheitsforschung**, um die universitäre und außeruniversitäre Forschung zu einigen besonders bedeutsamen Volkskrankheiten zu bündeln. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung plant, die Gesundheitsforschung im Zeitraum 2011 – 2014 mit rund 5,5 Milliarden Euro zu fördern.

www.patrickmeinhardt.de

Bei den Haushaltsverhandlungen ist es gelungen, die Zusatzbelastungen für energieintensive Unternehmen durch **Energie- und Stromsteuer** um 70% gegenüber den Vorschlägen des Bundesministeriums der Finanzen zu reduzieren. So wurde z.B. der Sockelbetrag, ab dem Begünstigungen bei der Ökosteuer greifen, auf 1000 Euro (statt auf 2500 Euro wie ursprünglich vorgesehen) angehoben. Davon profitieren kleine und mittlere Unternehmen z.B. Bäckereien. Zu hohe Belastungen der Wirtschaft durch Energiekosten sind Gift für den Industriestandort Deutschland und gefährden Arbeitsplätze. Die moderate Erhöhung der **Tabaksteuer** über fünf Jahre dient der Gegenfinanzierung und wurde daher mitgetragen. Das **Steuervereinfachungs-Gesetz** ist auf den Weg gebracht. Neben technischen Vereinfachungen hat die FDP z.B. die Erhöhung der Arbeitnehmerpauschale um 80 Euro auf 1000 Euro durchgesetzt. Rund 22 Millionen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler werden dadurch entlastet – ein erster Schritt, weitere werden folgen. Ende November wurde ich zur **Kommunalpolitischen Sprecherin** der Bundestagsfraktion gewählt. Neben dem Thema **Gemeindefinanzen** stehe ich Ihnen gerne zu allen Anliegen rund um die Kommunalpolitik Rede und Antwort.

www.birgit-reinemund.de

Die geltenden Vorschriften für Kinderspielzeug reichen nicht aus. Diese Erkenntnis hat die Stiftung Warentest in ihrer Novemberausgabe bestätigt: Von 50 getesteten Spielzeugen wurden 80% beanstandet, mehrheitlich aufgrund erhöhter Schadstoffbelastungen.

Die derzeitige EU-Spielzeugrichtlinie ist löchrig wie ein Schweizer Käse und bedarf der Nachbesserung. Deshalb hat die FDP die Initiative zur **Überarbeitung der EU-Spielzeugrichtlinie** ergriffen. Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen von FDP und CDU/CSU haben wir Ende des letzten Jahres im Deutschen Bundestag einen von mir maßgeblich ausgearbeiteten Antrag beschlossen.

Die Bundesregierung wird sich nun in Brüssel dafür einsetzen, dass die **Grenzwerte** für gefährliche Inhaltsstoffe wie Weichmacher abgesenkt werden. Auch sollen sich zukünftig Grenzwerte nicht nur allein auf Inhaltsstoffe, sondern auf die **Übertragung** dieser Stoffe beziehen. Denn entscheidend ist, wie viel von einem Kind aufgenommen wird, wenn es ein Spielzeug in den Mund nimmt.

Außerdem ist eine **verpflichtende Drittprüfung** von Spielzeug in Europa unser Ziel, damit gefährliches Spielzeug gar nicht erst verkauft wird. Die CE-Kennzeichnung ist kein Prüfsiegel, sondern nur eine Eigenerklärung durch den Hersteller. Diese ist vielfach auf Produkten aus China und vielen anderen Ländern aber nichts wert. Darum handeln wir auch national, indem wir uns mit den wichtigsten Kinderspielzeughändlern abstimmen. Denn bei der Sicherheit unserer Kinder dürfen wir keine Kompromisse eingehen.

www.erik-schweickert.de



Werner Simmling (65)

Diplom-Volkswirt

Ausschuss für Verkehr, Bau und
Stadtentwicklung

Fon: +49 (0) 30 22 77 57 61

Fax: +49 (0) 30 22 77 67 61

werner.simmling@bundestag.de

Die Feststellung des Bundeshaushaltes 2011 liegt gerade einige Wochen zurück und trotzdem wirkt einiges alt bekannt. Die chronische Unterfinanzierung im Verkehrsbereich war wieder zentrales Thema der Verhandlungen. Es gilt als unbenommen, dass eine zukunftsfähige Finanzierung nicht mehr über die klassische Haushaltsfinanzierung darzustellen ist. Die Unwägbarkeiten des Haushaltes, die Schuldenbremse, die Verteilungskämpfe mit anderen Politikressorts – sind alles Gründe dafür. Als Alternative hat eine nutzerbasierte Finanzierung die größten Vorteile. Daher hat man sich für die Einführung der LKW Maut entschieden. Das System allerdings ist bislang noch mangelhaft. Die Mautabgaben fließen dem allgemeinen Haushalt zu; werden nach Abzug einiger Systemkosten an die Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft (VIFG) weitergeleitet und diese verteilt die Gelder dann an Straße, Schiene, Wasserstraße.

In einem ersten Schritt beenden wir diese undurchsichtige Verteilung der Mittel. Wir weisen alle Maut-Einnahmen der Straße zu, nach dem Motto: Straße finanziert Straße. In einem zweiten Schritt wollen wir dann die direkte Zuweisung der Maut-Mittel an die VIFG erreichen, die darüberhinaus in begrenztem Maße Kredite aufnehmen soll, um Mittel flexibler für den Aus- und Neubau der Fernstraßen zur Verfügung stellen zu können. Dadurch erreichen wir: 1.) eine nachhaltige Sicherung von Mobilität, 2.) eine betriebswirtschaftliche Verbindung zwischen Einnahmen und Ausgaben und 3.) eine beschleunigte Umsetzung. Ein leistungsfähiges Infrastrukturnetz ist das Rückgrat unseres Wirtschaftsstandorts!

www.fdp-gp.de



Judith Skudelny (35)

Rechtsanwältin

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit

Fon: +49 (0) 30 22 77 47 28

Fax: +49 (0) 30 22 77 67 28

judith.skudelny@bundestag.de

Es geht voran beim Thema **Kinderlärm**. Bereits seit Anfang der Wahlperiode hatten die Koalitionsfraktionen eine Regelung gesucht, mit denen Kindertagesstätten privilegiert und gleichzeitig die Belange der Anwohner berücksichtigt werden. Gemeinsam mit den Fachpolitikern der CDU/CSU-Fraktion und der beteiligten Ministerien haben wir uns darauf geeinigt, § 22 des Bundesimmissionsschutzgesetzes zu ändern. Kinderlärm kann künftig nicht mehr mit Bau- oder Verkehrslärm verglichen werden. Im Regelfall wird Kinderlärm privilegiert, nur noch außergewöhnliche Belastungen der Anwohner können damit künftig berücksichtigt werden. Mit dieser Regelung kann im Einzelfall genau zwischen den Bedürfnissen der Kinder und den der Anwohner abgewogen werden. In dem Gesetzentwurf soll auch eine Regelung der Bolzplätze enthalten sein. Auf meine Initiative hin ist das Wort „Ballspielplätze“ im Gesetz aufgenommen worden. Jetzt gilt es, den Fortschritt auf diesem Gebiet während der Gesetzgebungsphase zu erhalten. Am 1. Dezember beschloss der Deutsche Bundestag die Einsetzung der **Enquete-Kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität - Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft"**. Gemeinsam mit zwei anderen FDP-Abgeordneten bin ich ordentliches Mitglied in dieser „Nachhaltigkeits-Enquete“. Sie wird am 17. Januar 2011 ihre Arbeit aufnehmen. Mein Fokus liegt auf dem Thema Ressourcenschonung als Standort- und Wirtschaftsfaktor – nicht nur bei den fossilen Energieträgern, sondern besonders auch im Bereich der Seltenen Erden/ Mineralien sowie Material- und Prozessforschung in Deutschland. Die FDP-Bundestagsfraktion wird in einem Blog fortlaufend über die Arbeit der Enquete-Kommission berichten.

www.judith-skudelny.de



Hartfrid Wolff (39)

Rechtsanwalt

Innenausschuss
Vorsitzender AK IV Innen und Recht

Fon: +49 (0) 30 22 77 52 17

Fax: +49 (0) 30 22 77 62 17

hartfrid.wolff@bundestag.de

In der Regierungskoalition ist vereinbart, daß wir die Sicherheitsarchitektur evaluieren wollen, um in Deutschland mit den besten Mitteln und den besten Beamten mehr Sicherheit für die Menschen zu erreichen. Wir brauchen mehr Effizienz bei den Sicherheitsbehörden des Bundes. Parallelstrukturen im Bereich von Innen- und Finanzministerium sind daher zu überprüfen. Das war auch Aufgabe der Werthebach-Kommission die soeben ihren Bericht vorgelegt hat. Schon im Vorfeld habe ich Vorstellungen aus liberaler Sicht skizziert.

Wir sprechen uns für eine Zusammenlegung der Zollvollzugsbehörde und der Bundespolizei unter dem Dach des Bundesinnenministers aus. Insofern wollen wir die Verantwortung für den Zoll aus dem Finanzministerium auf das Innenministerium übertragen und sie auf den entsprechenden Ebenen mit der Bundespolizei synchronisieren.

Auch das Zollkriminalamt soll unter Leitung des Bundeskriminalamts mit diesem zusammengelegt werden. Die parlamentarische Kontrolle bleibt dabei mindestens bei dem bisherigen Niveau erhalten. Schließlich sollte die Zentrale Unterstützungsgruppe Zoll (ZUZ) mit der GSG 9 der Bundespolizei zusammengeführt und zu einer effektiven, auch technisch auf dem neuesten Stand ausgestatteten Einheit u.a. zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität, zur Geiselnbefreiung und zum Antiterrorkampf sowie zur Begleitung von riskanten Einsätzen ausgebaut werden.

Wir brauchen keine Ausweitung von Bundeswehreinheiten im Inneren, wir brauchen auch keine Debatte um neue Befugnisse, aber wir brauchen effiziente Strukturen mit klaren Zuständigkeiten.

www.hartfrid-wolff.de



Ernst Burgbacher (60)

Oberstudienrat a. D.

Parlamentarischer Staatssekretär
beim Bundesminister für Wirtschaft
und Technologie
Beauftragter der Bundesregierung
für Mittelstand und Tourismus

Fon: +49 (0) 30 22 77 78 89

Fax: +49 (0) 30 22 77 61 67

ernst.burgbacher@bundestag.de

www.ernst-burgbacher.de



Sibylle Laurischk (55)

Rechtsanwältin

Vorsitzende des Ausschusses für
Familie, Senioren, Frauen und
Jugend

Fon: +49 (0) 30 22 77 20 61

Fax: +49 (0) 30 22 77 60 62

sibylle.laurischk@bundestag.de

www.laurischk.de

Zu Recht freuen wir uns über viele gute Wirtschaftszahlen. Die Arbeitslosigkeit hat den niedrigsten Stand seit 1992 erreicht. Der Aufschwung kommt auch bei den Menschen an, die seit langem auf der Suche nach einem Arbeitsplatz sind, denn auch Langzeitarbeitslose werden wieder verstärkt in den Arbeitsmarkt aufgenommen. Und die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse liegt mit über 41 Millionen sogar noch über dem Spitzenwert aus dem Jahr 2008. Dies sind gute Werte, und ich freue mich, dass es uns in unserem Land gelungen ist, gestärkt aus der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise heraus zu kommen.

Um weiterhin ein kräftiges Wirtschaftswachstum zu erreichen, müssen wir aber durch die Politik die geeigneten Rahmenbedingungen schaffen und die richtigen Weichen stellen. Hierfür müssen wir in die Zukunft investieren. Dies betrifft die Infrastruktur, also den Ausbau von Straße und Schiene, genauso aber auch den Ausbau der Breitbandtechnologie um ländliche Regionen mit schnellen Internetverbindungen zu versorgen. Wir müssen eine sichere und bezahlbare Energieversorgung schaffen und die Rohstoffversorgung für unsere Zukunftstechnologien sichern. Dies alles können wir aber nur erreichen, wenn wir mutig in die Zukunft schauen. Wir können unserer Wohlstand nicht bewahren, wenn wir zu allem nur noch „Nein“ sagen. Wir dürfen uns nicht mit SPD, Grünen und Linken zu einer „Dagegen“-Republik entwickeln und Zukunftsprojekte immer wieder in Frage stellen, denn dies schadet den Menschen in unserem Land und unserer Wirtschaft. Dies gilt für Deutschland, aber ganz besonders für unser Heimatland Baden-Württemberg!

Nachdem Stuttgart 21 bundesweit bekannt ist und mit Bürgerprotest und rundem Tisch identifiziert wird, möchte ich auf den breiten Bürgerprotest **Baden 21** aufmerksam machen. Seit Jahren kämpfen die 8 Bürgerinitiativen zwischen Offenburg und Weil unter dem Begriff IG BOHR gegen die Planung der Bahn, die in den meisten Fällen eine Verlärmung der betroffenen Gemeinden nach sich ziehen würde und unsinnigen Landverbrauch sowie eine Zerstörung der Landschaft zur Folge hätte. **Die Bürgerinitiativen arbeiten mit hoher fachlicher Kompetenz.** Durch dieses Engagement sind gegen die Planungsvorhaben der Bahn 172.000 Einsprüche eingelegt worden. Alleine in Offenburg sind es fast 46.000 Einsprüche. Der Antrag der FDP-Bundestagsfraktion auf Abschaffung des Schienenlärmbonus ist auf dies Engagement zurückzuführen. Letztendlich hat diese Forderung auch Eingang in die **Koalitionsvereinbarung** gefunden. Der Protest hat endlich bei der Bahn für Aufmerksamkeit gesorgt. Bahnchef Grube hat am 30. und 31.10.2010 alle kritischen Standorte am Oberrhein besucht.

In den meisten Bürgerinitiativen sind Mitglieder der FDP vertreten. In Offenburg ist FDP-Landtagskandidatin die Schatzmeisterin und Mitgründerin der BI Bahntrasse, **Anita Rost**. In Bad Krozingen ist **Martin Cammerer** Mitglied in der BI MUT und auch FDP Landtagskandidat. In Lörach ist die FDP-Landtagskandidatin **Heidi Thron** Mitglied der BI Lärmschutz Bahn in Weil. Die Landtagswahl wird nicht zuletzt dadurch entschieden, dass sich die FDP glaubwürdig aufstellt, weshalb es dringend notwendig ist, die bisherigen Aussagen der FDP zu Baden 21 auch durch Taten und eine klare Positionierung der Landes-FDP im Wahlkampf zu unterstreichen!

Für ein Jahr in die USA - Internationales Austauschprogramm des Deutschen Bundestages

Das Parlamentarische Patenschafts-Programm (PPP) ist ein Austauschprogramm für Schüler, junge Berufstätige und Auszubildende zwischen dem Kongress der Vereinigten Staaten von Amerika und dem Deutschen Bundestag. Schüler müssen zum Zeitpunkt der Ausreise mindestens 15 und dürfen höchstens 17 Jahre, junge Berufstätige mindestens 16 und höchstens 24 Jahre alt sein. Die deutschen und amerikanischen Teilnehmer verbringen jeweils ein Jahr im Gastland. Mitglieder des Deutschen Bundestages übernehmen in dieser Zeit die Patenschaft für die Jugendlichen. Bundesweit stehen voraussichtlich 360 Stipendien zur Verfügung. Das Stipendium umfasst u.a. die Reise- und Programmkosten sowie die notwendigen Versicherungskosten, nicht aber das Taschengeld. Fahrtkosten zu den Auswahlgesprächen, die möglichst in Wohnortnähe stattfinden, werden nicht erstattet. Deutsche Schüler/innen leben in den USA in Gastfamilien und besuchen für die Dauer eines Schuljahres eine amerikanische High School. Für junge Berufstätige sieht das Programm den Unterricht an einem Community College oder einer vergleichbaren Bildungsstätte und ein Praktikum in einem amerikanischen Betrieb vor. Die Teilnehmer können auch selbst Praktikantenplätze in den USA vorschlagen. **Bewerbungsschluss ist Anfang September 2011.**

www.bundestag.de/ppp



Birgit Homburger (45)
Diplom-
Verwaltungswissenschaftlerin

Landesvorsitzende der FDP
Fraktionsvorsitzende
Gemeinsamer Ausschuss

Fon: +49 (0) 30 22 77 12 09
Fax: +49 (0) 30 22 77 67 82
birgit.homburger@bundestag.de

Die Koalition hat in diesem Herbst Handlungsfähigkeit bewiesen. So wurde ein tragfähiges Energiegesamtkonzept auf den Weg gebracht, welches die Brücke ins Zeitalter der erneuerbaren Energien baut. Ein drohendes Milliardendefizit im Gesundheitssystem wurde verhindert, durch dessen Umbau hin zu einem System mit mehr Beitragsautonomie, regionalen Differenzierungsmöglichkeiten und einkommensunabhängigen Arbeitnehmerbeiträgen, die über das Steuersystem sozial ausgeglichen werden. Die Haushaltskonsolidierung wurde konsequent vorangetrieben und die Neuverschuldung im Bund deutlich reduziert. Wir haben Konsequenzen aus der Finanzkrise gezogen und die Finanzmärkte reguliert. Bankerboni von staatlich gestützten Banken wurden beschränkt und eine Bankenabgabe zur Vorsorge für die Zukunft eingeführt. Eklatante Fehler bei Hartz-IV wurden behoben und die Ermittlung der Regelsätze endlich auf eine transparente Berechnungsgrundlage gestellt sowie zusätzliche Bildungsleistungen für Kinder eingeführt.

Mit der nun beschlossenen Aussetzung der Wehrpflicht hat die FDP ein Ziel erreicht, für das sie lange gekämpft hat. Bereits 2011 wird die Bundeswehr zu einer Freiwilligenarmee umgebaut.

Der Herbst der Entscheidungen hat gezeigt: Schwarz-Gelb trägt Verantwortung für unser Land. Wir handeln entschlossen und treffen Entscheidungen, selbst wenn sie manchmal unpopulär erscheinen. Wir werden Deutschland weiter gestalten, Rot-Rot-Grün setzt voll auf Stillstand. Wir sind für mehr Chancen für Deutschland, die sind dagegen. Wir machen Deutschland zukunftsfähig. Wachstum, Bildung, Zusammenhalt – dafür steht diese Koalition, dafür arbeiten wir.

www.homburger.de



Dirk Niebel (47)
Arbeitsvermittler,
Diplomverwaltungswirt (FH)

Bundesminister für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung

Fon: +49 (0) 30 22 77 34 09
Fax: +49 (0) 30 22 77 64 09
dirk.niebel@bundestag.de

Einige Medien haben so verkürzt aus den Wikileaks-Dokumenten berichtet, dass sie nur ihre vorgefasste Meinung bestätigen. Einschätzungen über die neuen Schwerpunkte in der Entwicklungszusammenarbeit und Kooperationsmöglichkeiten zwischen den USA und Deutschland wurden ebenso vergessen wie wesentliche Wegmarken in meinem Lebenslauf.

Verantwortlicher Journalismus sieht anders aus, siehe den Kommentar „Wikileaks-Depeschen: Enthüllt: Der "Spiegel" spricht schräges Englisch“ in der SZ vom 01.12.2010, abrufbar unter www.sueddeutsche.de.

Der Haushalt des BMZ ist mit 6,22 Mrd. Euro der größte Etat, den es je gab. Trotzdem verengen die internationalen Verpflichtungen, die längst abgewählte Regierungen eingegangen sind, den Gestaltungsspielraum. Den Löwenanteil meiner Arbeit macht die bilaterale Zusammenarbeit mit den Partnerländern aus. Jeder dort investierte Euro fließt mit 1,8 Euro in die deutsche Wirtschaft zurück.

Schrittweise gehen wir den Richtungswechsel an. Wir haben die technischen Durchführungsorganisationen der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit zum 01.01.2011 in der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) zusammen geführt. Diese größte Strukturreform in der Entwicklungspolitik seit 50 Jahren soll 2013 abgeschlossen sein. Einsparungen von 15 Mio. Euro jährlich sind möglich. Wir sparen Stellen ein, machen das operative Geschäft vor Ort effizienter und haben die seit Jahren vernachlässigte Kontrolle wieder erlangt.

Mehr Informationen unter www.dirk-niebel.de und www.bmz.de.

www.dirk-niebel.de



Postadresse aller MdBs

Vorname Nachname MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Terminvorschau

23.12.-09.01.2011	Weihnachtsferien	BW
17.01.-21.01.2011	Sitzungswoche	Berlin
24.01.-28.01.2011	Sitzungswoche	Berlin
07.02.-11.02.2011	Sitzungswoche	Berlin
21.02.-25.02.2011	Sitzungswoche	Berlin
05.03.-13.03.2011	Faschingsferien	BW
14.03.-18.03.2011	Sitzungswoche	Berlin
21.03.-25.03.2011	Sitzungswoche	Berlin
04.04.-08.04.2011	Sitzungswoche	Berlin
11.04.-15.04.2011	Sitzungswoche	Berlin
21.04.-01.05.2011	Osterferien	BW
09.05.-13.05.2011	Sitzungswoche	Berlin
23.05.-27.05.2011	Sitzungswoche	Berlin
06.06.-10.06.2011	Sitzungswoche	Berlin

Impressum



Ausgabe 1 | 2011
Herausgeber
FDP Landesgruppe Baden-Württemberg im
Deutschen Bundestag
c/o Harald Leibrecht MdB
Postfach 14 39
74304 Bietigheim-Bissingen
Fon: +49 (0) 7142 91 91 92
Fax: +49 (0) 7142 91 91 84
E-Mail: harald.leibrecht@wk.bundestag.de

Redaktion, Layout, Typographie, Gestaltung
Harald Leibrecht MdB V.i.S.d.P.

Bilder
www.bundestag.de, www.fdp-fraktion.de, www.photocase.de, Michael Fuchs,
Frank Ossenbrink, Christian Thiel

Mit Namen gekennzeichnete Artikel geben nicht zwingend die Meinung der Landesgruppe, sondern nur die Meinung des Verfassers wieder.